

**XXIII. GP.-NR**

**3878 /AB**

**14. Mai 2008**

**Die Bundesministerin für europäische  
und internationale Angelegenheiten**

**Dr. Ursula Plassnik**

**zu 3906 /J**

**Frau**

**Präsidentin des Nationalrates**

**Mag.<sup>a</sup> Barbara PRAMMER**

**Parlament**

**1017 Wien**

**13. Mai 2008**

**GZ. BMiA-IR.8.19.11/0005-I.7/2008**

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Peter Pilz, Kolleginnen und Kollegen haben am 14. März 2008 unter der Zl. 3906/J-NR/2008 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Verfolgung von Farzad Kamangar in der Islamischen Republik Iran“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 6:**

Die Situation der Menschenrechte im Iran und insbesondere die zahlreichen Fälle betroffener Einzelpersonen werden von meinem Ressort aktiv verfolgt. Es besteht dabei nicht nur eine enge Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union sondern auch mit Nichtregierungsorganisationen, die im Menschenrechtsbereich tätig sind.

Im Fall Farzad Kamangar wurde die österreichische Botschaft in Teheran unmittelbar nach Bekanntwerden angewiesen, den EU-Vorsitz vor Ort auf diesen Fall aufmerksam zu machen und die Durchführung einer Demarche gegenüber der iranischen Regierung vorzuschlagen. In der Folge wurde der Fall von Herrn Farzad Kamangar – gemeinsam mit einer Reihe anderer Einzelfälle – Ende April von der EU-Troika gegenüber der iranischen Regierung vorgebracht.

. /2

**Zu den Fragen 7 und 8:**

Die generelle Abschaffung der Todesstrafe und der Einsatz gegen die Vollstreckung von Todesurteilen in konkreten Einzelfällen sind ein Schwerpunkt des Engagements Österreichs und der EU gegenüber dem Iran. Besondere Anliegen sind dabei das Eintreten gegen Todesurteile, die auf der Basis unfairer Verfahren gefällt wurden, gegen die Anwendung der Todesstrafe für minderjährige Straftäter sowie gegen Steinigungen und öffentliche Hinrichtungen.

Diese Bemühungen wurden 2007 durch die Annahme einer von der EU eingebrachten Resolution mit einem Aufruf zu einem weltweiten Hinrichtungsstopp durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen gestärkt. Im Jahr 2008 wurden bereits zweimal, am 25. Jänner und am 7. Februar, öffentliche EU-Erklärungen zur Todesstrafe im Iran abgegeben, zu denen auch Österreich aktiv beigetragen hat.

Die Frage der Todesstrafe wird von Österreich auch in den bilateralen Kontakten gegenüber dem Iran systematisch vorgebracht. Ich habe diese Frage in Gesprächen mit dem iranischen Außenminister Manouchehr Mottaki zuletzt im Dezember 2007 angesprochen. Darüber hinaus habe ich in einer öffentlichen Erklärung anlässlich des Weltkindertages am 19. November 2007 den Iran zum sofortigen Stopp von Hinrichtungen jugendlicher Straftäter aufgefordert.

**Zu Frage 9:**

Die besorgniserregende Situation der Menschenrechte im Iran wurde auf meine Veranlassung hin mehrmals gegenüber der iranischen Botschaft in Wien aufgebracht. Seit Bekanntwerden des Falles haben wir uns auch auf diesem Wege nachdrücklich für Herrn Farzad Kamangar eingesetzt. So wurde zu diesem Zweck ein Vertreter der iranischen Botschaft Anfang April ins BMiA zitiert.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Wackerbarth".